

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/48. Jahrgang

August 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

Hessenkasse: ein vergiftetes Geschenk

2,1 Millionen Euro im Jahr sollen wir mehr bezahlen

„Wir werden ihnen ein Angebot machen, das sie nicht ablehnen können“ – nach dem Schutzschirm bietet die Landesregierung verschuldeten Städten, Gemeinden und Kreisen zum zweiten Mal eine an Bedingungen gebundene Hilfe an.

Nur wer "kürzt" bekommt Geld

Diesmal heißt sie „Hessenkasse“ und soll dazu beitragen Kassenkredite abzubauen. Diese Kredite entsprechen den Dispokrediten bei Privatpersonen. Eigentlich sollen damit kurzfristige Engpässe überbrückt werden, oft werden sie aber zur Dauerschuld. Die Hilfe vom Land ist daran gebunden, dass die Empfänger pro Jahr und Einwohner 25 Euro selber beitragen. Für Gießen sind das 2,1 Millionen Euro pro Jahr. Das bedeutet höhere Steuern und Gebühren und/oder verringerte kommunale Leistungen.

"Heilsamer Rotstift"? Frechheit!

Bürgermeisterin Weigel-Greilich zeigte sich gleich erfreut über das Angebot und meinte, nach den Erfahrungen

mit dem Schutzschirm sei dieser Betrag wohl aufzubringen.

Da die Wünsche immer groß seien, sei es heilsam, mal den Rotstift anzusetzen und zu sehen, wo von den Bürgern mehr zu holen und wo ihnen was weggenommen werden kann – das sei die Erfahrung beim Schutzschirm gewesen.

"Schutzschirm" war teuer genug

Damals wurde die Grundsteuer 2, die eigentlich eine Wohnungssteuer ist, drastisch erhöht. Das Aufkommen daraus stieg um mehr als 6 Millionen Euro jährlich. Die Städte sind aber nicht verschuldet, weil sie mit ihrem Geld nicht richtig haushalten können, sondern weil ihre Finanzierung grundsätzlich unzureichend ist. Kommunen tragen den größten Teil der notwendigen öffentlichen Investitionen, erhalten aber nur den geringsten Steueranteil. Sie sind auf Zuweisungen der Landesregierungen angewiesen – die aber meist zweckgebunden und

(Fortsetzung auf Seite 3)

Inhalt:

M.Beltz: DKP-Kandidat /Alte Post	S.2
Tafeln im Kapitalismus unverzichtbar	S.3
Anwohner bezahlen für Straßenarbeiten	S.3
Lidl/Pflegeberufe/Klima-Managment	S.4
Wehrt Euch/Falsche Begriffe	S.5
G20-gewollte Eskalation/SDAJ-Stellungn.	S.6
Eritrea-Festival/Grothes-Diktaturen	S.7
Termine	S.8

24.9.: DKP wählen



Neuer Besen oder neues Denken?

Seit Stadtrat Neidel (CDU) Leiter des Ordnungsamtes ist (vorher Weigel-Greilich, Grüne), tut sich etwas in der "Trinker-" oder „Straßenszene“, die teilweise vom Marktplatz auf den neu gestalteten Kirchenplatz gezogen ist. Was viele jahrelang vergeblich gefordert hatten und die Stadt verweigerte, hat er einfach gemacht: Auf dem Kirchenplatz steht jetzt ein Dixi-Klo.

Und auch von dem vom Magistrat immer wieder ins Spiel gebrachten Alkoholverbot hält er nichts: „Wer mit einer Bierbüchse auf einer Bank sitzt, tut ebenso wenig Verbotenes wie ein Anzugträger, der mit einem Sektglas vor dem Stadttheater steht.“

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

1. September- Antikriegstag: Die Kriegstreiber stoppen!

Mag sein, dass in einigen Jahren die Historiker darüber streiten, wann der 3. Weltkrieg begonnen hat. Fest steht, die Kriegsgefahr war noch nie so groß wie heute. Seit der Niederlage der sozialistischen Staaten, die mit ihrer militärischen und atomaren Stärke den Imperialismus 45 Jahre lang zwingen konnten, sein Weltmachtstreben zu zügeln, wird wieder Krieg geführt. Mit der Beteiligung am völkerrechtswidrigen Überfall auf Jugoslawien 1999 meldete auch die BRD unter Kanzler Schröder (SPD) und Außenminister Fischer (Grüne) ihre Machtansprüche wieder an.

Die USA haben ihre Pläne zur Eroberung der für sie ökonomisch wichtigen Länder nie verhehlt („Öl ist viel zu wichtig, um es den Saudis zu überlassen“, so u.a. Henry Kissinger). Und so folgten die bis heute andauernden Kriege gegen Afghanistan, den Irak, Libyen... Stets wurden die jeweils Regierenden verleumdet, verteufelt und übelster Grausamkeiten bezichtigt (vom Herausreißen von Frühgeburten aus den Brutkästen bis zur Anwendung von Massenvernichtungswaffen), die hinterher, nachdem sie ihren Zweck erfüllt hatten, als Lügen zugegeben werden mussten. Mit dieser

Goebbellsschen Hetze hatten die USA und ihre Verbündeten die Duldung der UN erschlichen, die Länder in einen Trümmerhaufen verwandelt und besetzt.



Michael Beltz, DKP-Kandidat zu den Bundestagswahlen, während seines Redebeitrags anlässlich der Demonstration zum Tag der Befreiung am 8. Mai 2016 in Gießen

In Syrien ist das Kalkül von USA und NATO nicht aufgegangen. Hier machten die UN nicht mehr mit, worauf die Aggressoren bis heute ohne UN-Mandat Krieg führen, die Dschihadisten (auch mit deutschen Waffen) aufrüsteten und durch Söldner den Sturz von Assad herbeiführen wollen.

Bis heute erfolglos, denn die syrische Regierung hat mit Russland einen starken Verbündeten. Dennoch wurde auch Syrien zerstört, wurden auch hier die Menschen ermordet und in die Flucht getrieben, wobei der „freie Westen“ zusieht, wie sie zu Tausenden auf dem Weg nach Europa sterben.

Nicht nur wegen der vertraglichen Unterstützung Syriens ist Russland bzw. Putin inzwischen das große Feindbild, dem jede Schlechtigkeit der Welt unterstellt wird. Der Drang des Imperialismus nach uneingeschränkter Weltherrschaft macht auch vor Russland – und im weiteren China – nicht halt.

Obwohl die NATO sich verpflichtet hatte, sich nicht über die Oder-Neiße-Grenze nach Osten auszudehnen, steht sie heute säbelrasselnd an der russischen Grenze.

Eine Friedensbewegung, die noch vor zig Jahren millionenfach auf der Straße war, gibt es heute, da es tatsächlich „5 vor 12“ ist, nur schwach – obwohl sie notwendiger denn je ist. Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen und schweigen. Die Kriegstreiber müssen gestoppt werden.

Michael Beltz



Erst Samen-Hahn, dann Alte Post: Seit Jahrzehnten lässt sich die Stadt an der Nase herumführen

Nachdem die Alte Post seit 23 Jahren leer steht und verfällt, hat die Stadt Gießen ein „Bestandsgutachten“ vorgelegt und den Eigentümer – die Familie Shobeiri - zu Sanierungsmaßnahmen in Höhe von knapp 5 Millionen Euro verpflichtet, um das denkmalgeschützte Gebäude zu retten. Der wird sich davor drücken wollen; auch ein Streit vor Gericht kann sich so lange hinziehen, bis es zu spät ist. Bereits das denkmalgeschützte

Anwesen „Samen-Hahn“ in der Bahnhofstraße war vom gleichen Besitzer

- alle Aufforderungen und Auflagen ignorierend -schließlich einfach abgerissen worden.

Eigentum verpflichtet zur Ausbeutung

Grundgesetz Artikel 14 (Neufassung)



(So sah es Klaus Staeck bereits in den 70er Jahren)

Eigentum verpflichtet, steht im Grundgesetz; eine Enteignung im öffentlichen Interesse ist möglich. Das will die Stadt offenbar nicht.

Die Fraktion Gießener Linke hat im Juni beantragt, zu prüfen, ob ein ahndungsfähiger Verstoß gegen das Denkmalschutzgesetz vorliegt. Selbst dies wurde von der Koalition aus SPD/CDU/Grüne abgelehnt.

Die Tafeln - Im Kapitalismus unverzichtbar

Im Dezember 2005 eröffnete die „Gießener Tafel“ mit 60 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Inzwischen sind es über 300 Ehrenamtliche, die in Gießen rund 800 Haushalte mit Lebensmitteln versorgen. Eine anerkennenswerte Leistung, denn die Betroffenen wüssten sonst nicht, wie sie sich und ihre Familien ernähren sollten. Auch die „Spender“ freuen sich: Sie brauchen ihre überflüssigen, unverkäuflichen Lebensmittel nicht teuer entsorgen, positive Imagewerbung inbegriffen. So wird mit der Armut noch Profit gemacht.

Warum es aber in unserer „Wohlstandsgesellschaft“ so viele Bedürftige gibt, wird gern verschwiegen. Ursachen sind nicht nur Arbeitslosigkeit oder Krankheit, sondern auch niedrige Löhne und Renten, die nicht zum Leben reichen. Hartz-IV-Empfänger können von den

Jobcentern mit ruhigem Gewissen sanktioniert werden, teilweise bis auf null, denn es gibt ja die Tafeln. So versorgt der Staat die Hilfseinrichtungen mit „Kunden“, ohne sich selbst direkt daran zu beteiligen, allenfalls über eine Steuerermäßigung für ge-

nen noch schlechter gehen. So werden Arme, Minijobber, Leiharbeiter und Festangestellte gespalten und gegeneinander ausgespielt. Die gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen treten in den Hintergrund, der Machterhalt der Kapitalisten wird gesichert.

Dass es auch anders geht, haben wir in der DDR gesehen. Dort gab es keine Tafeln, niemand war auf Almosen angewiesen. Im Sozialismus ist das Recht auf Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheitsfürsorge und kulturelle Teilhabe verwirklicht. Die Gewinne der Betriebe kommen allen Menschen zugute und werden nicht von Einzelnen als Profite eingesteckt. In ihrem Sofortprogramm zur Bundestagswahl zeigt die DKP auf, dass genug Geld da ist, es muss nur anders verteilt werden. Niemand in Deutschland müsste hungern, die Tafeln wären verzichtbar.

Rainer Grabowski



leistete Spenden. Für die Unternehmer haben die Tafeln noch einen weiteren Nutzen: Die Beschäftigten werden eingeschüchtert und diszipliniert, denn es könnte ih-

Ministerpräsident Bouffier hat ein Buch geschrieben (oder schreiben lassen), in dem er schon im Titel behauptet, er wolle jeden Tag die Welt ein bisschen besser machen. Nicht gleich die Welt, aber das Leben in Städten und Gemeinden könnte er besser machen, wenn er sich dafür einsetzen würde, deren Finanzierung grundsätzlich zu verbessern. Das ist aber nicht zu erwarten, stattdessen findet er immer neue Wege, kommunale Steuern und Gebühren zu erhöhen und Leistungen zu kürzen.



Anneröder Siedlung

Anwohner sollen die Straßensanierung bezahlen.

Die Straßen in der Anneröder Siedlung sind seit langem sanierungsbedürftig. Das soll sich in den nächsten Jahren ändern – zum Leidwesen der Anwohner. Denn sie sollen die Kosten dafür zum größten Teil selbst bezahlen: das sind laut „Straßenbeitragsatzung“ mindestens 50% oder sogar 75% (je nach Nutzung).

Diese Gebühren, die erst vor wenigen Jahren noch erhöht wurden, sind ein Paradebeispiel dafür, wie die Stadt die Bürger doppelt belastet. Schließlich zahlen wir alle viel Steuern, auch an die Stadt (u.a. Grundsteuer B) und an den Staat. Mit diesem Geld sollen die öffentlichen Aufgaben (Infra-Struktur etc.) finanziert werden. Stattdessen werden zusätzlich „kostendeckende Gebühren“ für Kitas und andere Einrichtungen erhoben, die in ihrer eigenen Verantwortung liegen.

Übrigens: Auch Empfänger von Hartz IV und Grundsicherung zahlen Steuern – die nicht zu knappe Mehrwertsteuer. E. Beltz



Viele Kinder wünschen sich die Prügelstrafe zurück

(Fortsetzung von Seite 1)

Hessenkasse

an Auflagen gebunden sind. Laut Grundgesetz und Landesverfassungen sollten Städte und Gemeinden finanziell unabhängig sein. Das ist mit der jetzigen Verteilung des Steueraufkommens nicht möglich. Sie brauchen keine vergifteten Geschenke von der Regierung, sondern einen Schuldenschnitt, ein Zinsmoratorium und eine den Aufgaben angemessene Verteilung des Steueraufkommens. Gernot Linhart

Eine Erfolgsmeldung von ver.di

Lidl-Beschäftigte in Graben bei Augsburg erkämpften Tarifwechsel

Die rund 130 Beschäftigten des Lidl Lagers in Graben haben einen großen Erfolg erzielt. Im Februar 2017 forderte die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Geschäftsführung von Lidl in Graben auf, zukünftig den Einzelhandelstarifvertrag, anstatt den Logistiktarifvertrag, anzuwenden. Durch zahlreiche Aktionen und Solidaritätsstreiks gab Lidl am 21.7.2017 bekannt, den Tarifwechsel zu vollziehen.

„Heute ist einfach ein hervorragender Tag. Wir konnten durch unsere Aktionen einen großen Schritt gegen Altersarmut für unsere Kolleginnen und Kollegen herbeiführen. Durch deutlich bessere Regelungen des Einzelhandelstarifvertrags sind bis zu 30 % mehr Einkommen zukünftig für die Beschäftigten möglich“, sagt Thomas Gürlebeck, zuständiger ver.di-Sekretär aus Augsburg. „Die Entschlossenheit der organisierten Kolleginnen und Kollegen hat Lidl so beeindruckt und war das Fundament für diesen Erfolg. Lidl konnte es am Schluss auch niemanden mehr vermitteln, warum für gleiche Tätigkeiten im Lidl-Konzern unterschiedlich bezahlt wird.“ Die deutlich besseren Arbeitsbedingungen werden ein wichtiger Baustein gegen die drohende Altersarmut sein. Eins ist wieder einmal deutlich geworden, nur dort, wo sich Beschäftigte in ver.di mehrheitlich organisieren, kann man solche Erfolge produzieren.

Pflegeberufe - Probleme bleiben

Nach langem Hin und Her wurde vom Bundestag als eine der letzten Amtshandlungen ein neues Gesetz zur Regelung der Ausbildung für Pflegeberufe beschlossen. Zunächst sollten die bisherigen drei Ausbildungsgänge (Kinderkrankenpflege, Krankenpflege und Altenpflege) zu einem einzigen Ausbildungsgang vereinigt werden. Wegen der unterschiedlichen Anforderungen in den Pflegebereichen wurde das von den meisten Fachleuten und Fachverbänden abgelehnt. Schließlich einigte man sich darauf, die Ausbildung in den ersten beiden Jahren zu vereinheitlichen, im 3. Jahr soll dann eine Spezialisierung stattfinden. Es ist aber völlig ungeklärt, in welchem Zeitrahmen und mit welchen Mitteln die verschiedenen Ausbildungsträger auf dieses Modell umstellen können.

Es ist zu befürchten, dass wegen dieser Unklarheiten die Zahl der Ausbildungsplätze zunächst deutlich zurückgeht. Positiv an dem Gesetz ist,

dass von den Auszubildenden in Zukunft kein Schulgeld mehr verlangt wird, sondern sie im Gegenteil eine Vergütung bekommen – das macht die Ausbildung attraktiver und könnte die Zahl der Abbrecher verringern. Das Hauptproblem aller Pflegekräfte aber bleibt:

Neben der schlechten Bezahlung, vor allem in der Altenpflege, die ständige Überlastung. Viele Ausgebildete bleiben nur wenige Jahre, weil sie die ständige Überforderung nicht vertragen und vor allem ihren eigenen Ansprüchen beim Umgang mit den Alten und Kranken nicht gerecht werden können.

Die Profitorientierung in Kliniken und Pflegeheimen muss durch verbindliche Vorgaben bei der Personalbemessung eingegrenzt werden. Besser wäre es, die Privatisierungen in diesen Bereichen zu stoppen und rückgängig zu machen. Kliniken und Pflegeheime gehören in öffentliche Verantwortung! Gernot Linhart



Klima-Management in Stadt und Kreis - das wird nicht reichen

Die Planungen für eine Umweltzone in Gießen wurden schnell wieder aufgegeben. In anderen Städten hatte sich gezeigt, dass damit die Luftqualität nur minimal verbessert werden kann. Kein Wunder, der Skandal um die Abgas-Betrügereien der Autokonzerne hat gezeigt, dass die Fahrzeuge mit den grünen Plaketten die Luft genauso verpesten wie alte Kisten. Da aber irgendwas für die Umwelt getan werden muss, soll jetzt ein Kli-

maschutzplan und ein Klimamanagement für Stadt und Kreis Gießen her. Der 48-seitige Plan, ausgestattet mit vielen oft unverständlichen Grafiken,

stellt erst mal den Ist-Zustand und dann die Ziele vor. Nach den Grafiken soll sich bis 2050 der Energieverbrauch um 50%, der CO₂-Austoß sogar um 95% verringern. Dann sind etwa 16 konkrete Maßnahmen aufgeführt. Das meiste davon sind aber Willensbekundungen, Beratungs- und Schulungsmaßnahmen. Wie damit die Ziele erreicht werden sollen, bleibt schleierhaft. Es ist lokal genauso wie auf Bundesebene und global: Große Ziele für 30 bis 40 Jahre, aber kaum konkrete Vorhaben, die heute schon greifen. G.L.



Wehrt Euch: Millionen sind stärker als Millionäre

Die zunehmende Armut in der BRD wird hingenommen wie eine fortschreitende Krankheit, gegen die es kein Mittel gebe. In den Wahlprogrammen der bürgerlichen Parteien spielt sie keine Rolle. Um die Gunst der von der Gesellschaft Abgehängten buhlt keiner.

Alle, die von Hartz IV oder Grundsicherung leben müssen, die Aufstocker, die Mindestlohneempfänger, die am Existenzminimum Lebenden und alle jene, die auf ihnen zustehende Leistungen verzichten – aus Scham oder weil sie sich der damit verbundenen Bürokratie und Demütigung nicht aussetzen mögen – sie alle spielen keine Rolle.

An der Agenda 2010 mit ihren verheerenden Folgen wird nicht gerüttelt, nicht an Hartz IV, nicht an der Altersarmut; SPD und CDU „garantieren“ eine Rente von 48% des bisherigen Einkommens - an Zynismus schwer zu überbieten.

Dabei weiß jeder, dass genügend Geld da ist, damit niemand im Elend leben muss, dass die Armut ganz bewusst gewollt und herbeigeführt ist und dass sie zunimmt. - Aber eine

starke Kraft der Gegenwehr fehlt! Im Grundgesetz steht: Die BRD ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.

Demokratisch? Die Herrschenden machen, was sie wollen, was den Interessen der Kapitalvertreter dient. Sie machen jede Schweinerei mit: jeden Abgasskandal, jeden Bauskandal (Korruption), jeden Krieg und sind Meister im Vertuschen ihrer Verbrechen.

Sozial? Die zunehmende Armut spricht für sich; ist es sozial, wenn Menschen mit wenig Geld nicht die für sie notwendige Behandlung bekommen, Menschen in die Obdachlosigkeit getrieben werden?

Rechtsstaat? Das herrschende Recht ist das Recht der Herrschenden. Das ist immer so, so lange sich die Beherrschten nicht wehren.

Die Abgehängten, die Überflüssigen dieser Gesellschaft gehen nicht mehr zur Wahl. Wer kann es ihnen verdenken?

Doch das ist falsch. Man kann auch mit dem Wahlzettel ausdrücken, dass man dieses System nicht will. Aber das reicht nicht.



(Zeichnung von Robert Weber)

Wichtig ist der Widerstand! Jedes einzelnen – und organisiert zusammen. Millionen können stärker sein als Millionäre. Sie müssen nur wollen!
Erika Beltz

Falsche Begriffe

Nicht „Entwicklungsländer“, sondern „industriell weniger entwickelte Länder“.

Die Länder dieser Welt werden oft nach uneinheitlichen Kriterien in die Kategorien Industrie- und Entwicklungsländer unterteilt. Letztere wurden erst durch Kolonialisierung abhängig gemacht und nun durch profitorientierte „Entwicklungshilfe“ weiterhin arm gehalten. Dies funktioniert durch ungleiche wirtschaftliche Bedingungen: Niedrige Löhne und Rohstoffe werden ausgenutzt und weitere Absatzmärkte erschlossen. Die erzielten Gewinne fließen in die sogenannten Indus-

trialänder. Wirkliche Hilfe für diese Länder wäre Hilfe zur Selbsthilfe. Die industriell hochentwickelten Länder weisen dagegen selbst extreme

Defizite auf: im Umweltschutz und sorgsamem Umgang mit Energie und Ressourcen, bei der Stärkung der Sozialsysteme, den Investitionen in



Bildung und Gesundheit, der gerechten Verteilung der vorhandenen Reichtümer sowie der Deeskalation von kriegerischen Auseinandersetzungen. Der Reichtum eines immer kleiner werdenden Teils der Bevölkerung wird immer größer. Dies geschieht auf Kosten der vielen Ausgebeuteten in den eigenen und anderen Ländern.

Uwe Lennartz

Der Schwarze Block und wozu er dient

Dass bei den bürgerlichen Medien wieder einmal die „Krawalle“ und nicht die Forderungen der Demonstranten im Mittelpunkt standen, ist nichts Neues.

Dass insbesondere die Gießener Allgemeine in diesem Sinne mitmisch, auch nicht. Diesmal ist jedoch B. Möller weit übers Ziel hinausgeschossen. Er kramte einen alten Vorfall von 2011 aus, bei dem in Gießen „vermummte Randalierer“ an einer Bank und einem Verbindungshaus Schäden angerichtet hätten und entblödet sich nicht, Parallelen zu Hamburg zu ziehen, zur RAF und zu einer hiesigen antifaschistischen Organisation, der ARAG – obwohl die Hintergründe der damaligen Ereignisse niemals aufgeklärt wurden.

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend – SDAJ – stellte hierzu fest: „Die ARAG gab es 2011 noch gar nicht und da auch niemand verurteilt worden ist, bleibt die Täterschaft der ARAG in der Licher Straße eh nur ein feuchter Traum von Herrn Möller.

Wer in Hamburg randaliert hat, steht ebenfalls noch nicht fest, den „Schwarzen Block“ als Organisation gibt es sowieso nicht und wer unter schwarzen Klamotten steckt, weiß niemand – das ist ja Sinn und Zweck des Ganzen.

Aber mittlerweile steht fest, dass Faschisten, Hooligans, feiernde Anwohner und taktische Provokateure der Polizei an den Randalen keine kleine Rolle gespielt haben. Wer sonst hätte wohl auch ein Interesse daran ein recht linkes Viertel und Autos von ArbeiterInnen zu zerstören? Die ARAG bestimmt nicht.“

Der vollständige Text steht hier: <http://www.giessener-zeitung.de/giessen/beitrag/119521/fehlende-fakten-festgestellt-burkhard-moeller-redakteur-der-giessener-allgemeine-hetzt-gegen-linke/Gießen>

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**10 Wochen
kostenlos testen**

Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

G-20: Gewollte Eskalation Nach Randalen in Hamburgs Schanzenviertel

Die Randalen im Hamburger Schanzenviertel am Freitag des G-20-Wochenendes: eine politische Entäußerung von »Linksextremisten«, wie es die bürgerliche Presse behauptet? Daran darf gezweifelt werden. Nicht, weil es nicht genug verwirrte Linke gäbe, die glaubten, dass derartige Gewalt mehr ist als Ankurbelung des Versicherungsgewerbes, als systemstabilisierende Kapitalvernichtung. Sondern weil etliche der an den Zerstörungen Beteiligten ihr Tun entweder nicht als politisch oder nicht als

das Geschehen »an der Schanze« der unpolitische Teil des Wochenendes. Ein Vergleich mit ähnlichen aus dem Ruder gelaufenen staatlichen Großeinsätzen drängt sich auf. Die berühmten »Maikrawalle« in Berlin-Kreuzberg 1987 zum Beispiel: Auch dort eroberte eine heterogene Menge stundenweise die Straße, ein Supermarkt brannte aus, die Polizei hatte Überblick und Kontrolle verloren. Oder, über 50 Jahre früher, der »Altonaer Blutsonntag« von 1932: Die Polizei nutzte damals einen Naziaufmarsch



links empfinden. Schließlich liegt ihnen nichts ferner, als den Kapitalismus abschaffen zu wollen.

Den »Jungen Nationaldemokraten« zum Beispiel. Laut thuringen24.de (Donnerstag) hat die NPD-Jugendorganisation eingeräumt, sich an den G-20-Protesten »beteiligt« zu haben, ebenso wie ein »Antikapitalistisches Kollektiv«, das – trotz seines Namens – im neonazistischen Spektrum zu Hause ist: Soziale Demagogie gehört nun mal zum Faschismus. Die Hamburger Morgenpost berichtete am 10. Juli, dass die rechten »Hooligans gegen Salafisten« (Hogesa), die 2014 in Köln randaliert und dabei etliche Polizisten verletzt hatten, ebenfalls nach Hamburg mobilisiert haben. Der SWR meldete am Montag, dass 70 Neonazis auf Videomaterial aus Hamburg identifiziert worden seien.

Haben also Rechte die Proteste gekapert? Auch das ist Quatsch. Die Gemengelage ist komplizierter und kaum politisch zu begreifen. Denn, im Gegensatz zu fast allen anderen Protestformen gegen den G-20-Gipfel, war

der SA in der traditionellen KPD-Hochburg Hamburgs, um 16 Anwohner zu erschießen und den Kommunisten die Morde anzuhängen. Dies ist mittlerweile widerlegt, doch die Provokation war aufgegangen, die (auch damals SPD-geführte) Hamburger Polizei hatte den Faschisten die Straße freigeprügelt.

Wer Krawalle will, der bekommt sie auch. Der Staat weiß das und hat in Hamburg alles daran gesetzt, gesellschaftlich akzeptierten Protest in furchteinflößende Gewalt umschlagen zu lassen.

Die endlosen Schikanen der Bevölkerung; eine von der Leine gelassene Knüppelgarde in Uniform; vermutlich – neben den Neonazis – etliche weitere »V-Leute« oder Beamte in Räuberzivil, anonymisiert im »schwarzen Block«: Das Fußvolk aus Gaffern, Enthemmten und Alkoholisierten findet sich dann wie von selbst.

Manche werden zwar dafür bezahlt. Doch die meisten sind schlicht Idioten. Sebastian Carlens (aus "junge Welt" vom 21.7.17)

Eritrea Festival- ein Symbol des friedlichen Lebens

Das Festival fand vom 7.-9.07.2017 in den Hessenhallen Gießens statt und wurde von etwa 2000 Menschen besucht. Mit dem Festival zelebrieren und präsentieren die Eritreer ihre Kultur, Sitten, Tradition und zeichnen besondere Leistungen aus.

Eingeladen war auch die neu gegründete Deutsch-Eritreische Gesellschaft (DEG). Bei dem offiziellen Empfang der Gäste war der Außenminister Eritreas, Osman Saleh, anwesend und beantwortete gerne alle Fragen. Der Vorsitzende der DEG überreichte ihm in dieser Zeremonie den von Teclu Lebassi in Tigrinya übersetzten Bestseller „Wer den Wind sät“ von Michael Lüders.

Eingeladen waren u. a.: Eritrea Hilfswerk in Deutschland (EHW), Medcare, die Österreichisch-Eritreische Gesellschaft, der Ausländerbeirat, Grundschule Adidas Belsey in

Eritrea e.V., der Stadtverordnete Beltz (Fraktion Gießener Linke, DKP) und Freunde. Trotz Einladung konnten die Oberbürgermeisterin Frau Grabe-Bolz (SPD) und der Stadtrat Herr Neidel

Gleichzeitig rief der Fraktionsvorsitzende Grothe (Grüne) auch in diesem Jahr zu einer Gegendemo auf, an welcher sich nach Polizeiangaben etwa 100 Personen beteiligten. Diese pöbeln, beleidigen und griffen Besucher des Festivals sogar körperlich an, am gleichen Tag, an welchem die Hauptstadt Asmara von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde.

In verschiedenen Medien werden weiterhin gegenstandslose Diffamierungen und Lügen über das Land verbreitet, vor allem von Menschen, die selbst nie in Eritrea waren.

Inzwischen hat selbst der deutsche Botschafter in Eritrea, Andreas Zimmer, den Versuch zurückgewiesen, Eritrea als einen menschenrechtsfeindlichen Staat zu bezeichnen und

vergleicht diesen eher mit Kuba (mit seinem ähnlichen demokratischen Wahlrecht).

Schlussendlich streitet kaum einer mehr ab, dass das arme, aber soziale Land Eritrea sein Geld für Nachhaltigkeit in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Ernährung verwendet.

Martina Lennartz



Eritreer demonstrieren mit ihren Freunden für ihr Land

(CDU) nicht kommen. Sie sendeten freundliche Grußworte an die Veranstalter und wünschten ein erfolgreiches Fest.

Klaus-Dieter Grothe und die Diktaturen

„In dem Land, eine der schlimmsten Diktaturen der Welt, gibt es kein funktionierendes Rechtssystem, willkürliche Verhaftungen sind an der Tagesordnung,“

erklärte der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Gießener Stadtparlament Grothe. - Damit meint er Eritrea, ein Land, von dem er nicht die geringste Ahnung hat, dafür umso lauter hetzt. Er meint nicht etwa die Türkei, auf die dies alles genau zutrifft - die Zeitungen sind voll davon. Nach jüngsten Umfragen fordern inzwischen 80% der Deutschen Sanktionen gegen die Türkei wegen der permanenten Verletzung von Menschenrechten, der auch deutsche Staatsbürger zum Opfer fallen. Während das Auswärtige Amt erste Reisewarnungen veröffentlichte und die Türkei als Urlaubsland inzwischen weitgehend gemieden wird, will Grothe dort weiterhin Urlaub machen. Er setzt sich sogar dafür ein, dass die Visumpflicht für Türken aufgehoben wird. Warum? Nur weil er dort ein Haus gekauft hat?



Leserbrief

In einigen regionalen Zeitungen lassen derzeit Kommunalpolitiker wieder völlig uneigennützig verkünden, dass sie Unternehmen besuchen um sich zu informieren. Dabei fällt mir auf, dass sie gerne Unternehmen ihrer Parteifreunde besuchen. Was die so treiben, scheinen sie nicht zu wissen. Aber das wird auf Wahlkampf tour gerne übersehen.

Neben diesen Unternehmen besuchen sie auch sicher wieder die örtlichen Tafeln und sind voller Lob darüber, was die Tafeln und deren freiwillige Helfer geben, worüber gerne von den Schreibern aus den Parteien berichtet wird.

Dabei kommen sie von den Parteien, denen wir die Existenz von Tafeln zu verdanken haben. Dass es in diesem Land Tafeln geben muss, diese Schande blenden die Artikelschreiber der Parteien leider aus. Bestimmt nicht aus Scham, eher aus eis-kalter Berechnung. Warum sollten die denn schlafende Hunde wecken?

Uns geht es ja gut. Wolfgang Seibt

Podiumsdiskussion zur Friedens- und Sicherheitspolitik

Mit Blick auf die Bundestagswahlen am 24. September 2017 hat das **Gießener Friedensnetzwerk** einen Fragebogen an die Direktkandidaten aus Gießen verschickt. Darin wurden sie aufgefordert, sich zu Fragen des Einsatzes der Bundeswehr, Rüstungsexporten, ziviler Konfliktbearbeitung, Atomwaffen, Militärhaushalt, Entwicklungs- und Friedenspolitik zu äußern. Zu den interessanten Antworten und weiteren Fragen findet eine Podiumsdiskussion mit den Direktkandidaten am Antikriegstag statt:

Freitag, 1. September 2017, 17.00 Uhr,
Evangelische Studierendengemeinde, Henselstraße 7,
35390 Gießen

Zugesagt haben bisher:

Ali Al-Dailami (PDL), Eva Goldbach (Bündnis 90/Die Grünen), Matthias Körner (SPD), Wanja Lange (MLPD), Henning Mächerle (DKP), Diego Semmler (Freie Wähler).

Alle Interessierten sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Mitgliederversammlung der DKP Gießen

Donnerstag, 24. August, 18 Uhr, Büro Partei Die Linke, Marktplatz 2

Info-Stände der DKP

Samstag, 2., 16. und 23. September (Ort wird noch bekannt gegeben)



Redaktionsschluss für
September-Echo: Mi., 23. Aug

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de.
Im Internet: www.dkp-giessen.de

Neu in Gießen: Lastenräder kostenlos ausleihen

Was die Stadt nicht fertigbringt, hat eine private Initiative geschafft. Ein paar dem Gedanken des Gemeineigentums (Allmende) verpflichtete Gießener haben Lastenräder beschafft, dazu Ausleihstationen angeworben und bieten die zu Transporten aller Art geeigneten Fahrzeuge, teilweise mit Elektromotor, kostenlos zur Ausleihe an. Näheres erfährt man im Internet unter daslastenrad.org. Wir wünschen der Initiative viel Erfolg!

Hannes Wader Macht's gut

Kongresshalle Gießen



Sonntag,
1. Oktober,
20:00 Uhr
Tickets ab
36 Euro

Wir bitten um Bezahlung des Abos und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in unserer Auflage von 5000 Stück herausbringen zu können.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930 70.



Das Sofortprogramm der DKP ist in auf 20 Seiten erweiterter Auflage erschienen, ab sofort erhältlich und wird auf Wunsch auch zugesandt.



Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern